

Gedanken zu Paris 13.11.2015

Soeben habe ich die europäische Solidaritätserklärung unterschrieben und Freunde aufgefordert, das auch zu tun. Darin heißt es: „Wir, Menschen aus ganz Europa, sind nach den Anschlägen in Paris schockiert, entsetzt und in tiefer Trauer. Mit unseren Herzen und Gedanken sind wir bei denen, die Familienmitglieder oder Freunde verloren haben. Wir fühlen genauso mit allen Opfern des Terrors weltweit, sei es in Ankara, Beirut, Syrien oder im Irak. Und mit den vielen Flüchtlingen, die ihre Heimat verlassen müssen, um dem Terror zu entkommen. Heute stehen wir zusammen für den Frieden. Gemeinsam stehen wir für Liberte Egalite Fraternite.“

Mich besorgen manche Reaktionen auf diese schrecklichen Ereignisse in der auch von mir lieb gewonnenen Stadt Paris gerade in Gegenden, wo ich vor einiger Zeit noch langspaziert bin, im Osten der Stadt. Ist die Antwort darauf eine weitere Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen? Haben sie denn bislang etwas gebracht? Ist die Antwort darauf eine militärische? Gerade hatte doch die französische Luftwaffe ein Ausbildungslager der Islamisten bombardiert. Die französische Luftwaffe griff vor einiger Zeit als erstes Libyen an. Sollen wir jetzt alle Asylbewerber als Feinde betrachten? Ich fürchte, bei Pegida in Dresden oder anderswo werden solche Stimmen lauter. Und noch mehr fürchte ich, dass deutsche Politiker solchen Stimmungen folgen und alles andere als Willkommen in Deutschland signalisieren. Ich bin kein Freund unserer Kanzlerin, aber hatte sie mit ihrem Willkommen nicht ein anderes politisches Signal gesetzt, was Deutschland vielleicht gar vor terroristischen Anschlägen bewahren könnte?

Man darf auch nicht aus dem Auge verlieren, dass das historische Schuldkonto Frankreichs nicht allzu klein ist: So ging als Massaker von Paris ein Blutbad in Paris am 17. Oktober 1961 während des Algerienkriegs (1954–1962) in die Geschichte ein. Die Pariser Polizei ging brutal gegen eine nicht genehmigte, aber friedliche Demonstration mehrerer zehntausend Algerier vor, zu der die algerische Unabhängigkeitsbewegung FLN aufgerufen hatte. Aktuelle Schätzungen gingen damals davon aus, dass mindestens 200 Menschen getötet wurden. Sie wurden erschossen, erschlagen und zum Teil in der Seine ertränkt. Die blutig verlaufene Massendemonstration wurde in den französischen Medien seinerzeit nahezu flächendeckend totgeschwiegen und erst mit großem zeitlichem Abstand zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion in Frankreich.

Das Trauma von New York 2001 ist uns doch noch sehr bewusst. Die damalige amerikanische Antwort darauf war doch alles andere als erfolgreich: Was hat der Krieg in Afghanistan denn gebracht? Was der Krieg im Irak? In Libyen? Die staatlichen Strukturen sind zerfallen, das Chaos nahm zu, Demokratie? – weit gefehlt! Deutschland hat sich dabei unterschiedlich verhalten. Einerseits sollte unsere westliche Demokratie am Hindukusch verteidigt werden, was zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan führte, andererseits verweigerte ein deutscher Bundeskanzler den USA im Irak-Krieg die Gefolgschaft. Als französische Flugzeuge längst in Libyen bombten, enthielt sich ein deutscher Außenminister der Stimme in der UNO, was ihm die Schelte einiger kriegsgerischer

deutscher Medien einbrachte. Es gibt eben starke Kräfte, die lieber Krieg wollen als das Nachdenken über andere Lösungen. Sie überschätzen sich wohl und haben wohl auch keine Ahnung von den tieferen Ursachen der Konflikte und dem Ticken der handelnden Personen, der Ethnien, der Religionen und historischen Befindlichkeiten. Es ist eben ein großer Irrtum, die westliche Demokratie in solche Länder exportieren zu können. Syrien ist dafür gerade das Paradebeispiel.

Revolutionsexport gilt als verpönt, das gleiche muss aber auch für „Demokratieexport“ gelten! Wir alle sollten doch im vergangenen Jahrhundert gelernt haben, dass „revolutionäre Veränderungen“ – evtl. gar noch von außen – erfolglos sind. Die Welt entwickelt sich letztlich nur evolutionär. Das braucht Zeit, das bedarf Standhaftigkeit der Überzeugungen. Wenn wir also der Überzeugung sind, dass unsere Werte in Europa diejenigen sind, die in eine moderne Richtung führen, dann müssen wir auf ihre Überzeugungskraft vertrauen, nicht auf die Waffen, die sie anderen beibringen wollen. Es war deshalb ein gutes Zeichen, dass einem Tag nach den Pariser Anschlägen ein Syrien-Konferenz über eine Friedensregelung für das gebeutelte Land beriet. Nur das scheint der Weg zur Veränderung. Und natürlich muss ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen Arm und Reich erfolgen. Globalisierung in der Welt kann nicht erfolgreich sein, wenn daran nur Konzerne in den USA und Europa verdienen. Die arabischen, afrikanischen und asiatischen Länder müssen Entwicklungschancen haben, dann bestimmen die vernünftigen wirtschaftlichen Interessen die Politik und die bisherige Ausbeutung des Südens durch den Norden findet Grenzen.

Unsere reale Welt ist heute kapitalistisch organisiert, der revolutionäre sozialistische Versuch und die daraus folgende bipolare Welt waren auf Dauer keine Lösung. Die heutige Welt ist multipolar und zunehmend global, sucht nach neuen Verwertungsbedingungen für das Kapital und muss wohl mehr als früher soziale Standards im Interesse der Kapitalverwertung zu beachten. Dabei sind die staatlichen Interessen oft unterschiedlich oder gar gegensätzlich. Hinzu kommt die Macht ökonomischer Monopole und der Banken. Es gibt viele ungelöste Fragen, die die gesamte Menschheit bewegen: Die Erderwärmung und die globale Klimaveränderung, die Sicherung energetischer Ressourcen, die Widersprüche zwischen Nord und Süd, die partikularen Interessen von Staaten und Regionen, die unterschiedliche und widersprüchliche Entwicklung der Kulturen und wie vor hundert Jahren die unterschiedliche soziale Stellung der Bürger in diesen Gesellschaften. Um diese teilweise höchst gegensätzlichen Bewegungen beherrschbar zu halten, bedarf es einer demokratischen Kultur und eines klugen staatlichen Managements – auch international koordiniert. Seit dem Ende des II. Weltkriegs gilt die kriegerische Lösung solcher Interessenkonflikte als suspekt und wenig hilfreich. Es bedarf mehr denn je kooperativer Entwicklung und diplomatischer Konfliktlösung zwischen den großen Machtblöcken USA, Europa, Russland, China, Schwellenländer. Dafür muss mehr denn je geworben werden.

Da helfen kaum alte Rezepte des Klassenkampfes. Schon bei der Definition der Klassen und ihrer aktuellen Interessen gibt es da Schwierigkeiten. Was ist außerdem mit Regionen, Nationen, Religionen? Einige nostalgische DDR-Mitbürger meinen die Lösung darin zu sehen, endlich den Kapitalismus abzuschaffen: Konzerne und Monopole, Banken und Oligarchen zu entmachten, das Eigentum neu zu verteilen. Dann werde die Welt friedlich, seien die Ursachen für Kriege beseitigt. Solche Gefahren wie heute seien in Zeiten der Systemauseinandersetzung nicht vorhanden gewesen. Es wurde doch gerade aber bewiesen, dass daraus kaum eine neue Entwicklung und Befriedigung für die Menschen erwächst; letztlich solche Entwicklungen zur staatlichen Diktatur führen, die die

Freiheitsrechte der Menschen einschränkt. Es stimmt schon die Erkenntnis, dass die Produktivkräfte sich in den Produktionsverhältnissen die optimalen Verwertungsbedingungen suchen. Und diese sind momentan freiheitlich, kapitalistisch, global und letztlich allgemein akzeptiert.

Deshalb kann die sehr simplifizierende Meinung einiger, als es noch den Sozialismus gab, sei die Welt friedlicher gewesen, nicht akzeptiert werden. Am Rande des Atomkrieges zu torkeln – wie fast 40 Jahre geschehen – kann doch wohl keine ernsthafte Option für normal denkende Menschen sein. Und eine Abschottung von den realen Konflikten in der Welt in angstfreier Sicherheit kann zwar eine schöne Illusion sein und die Menschen in scheinbarer Sicherheit wiegen, aber mit der Wirklichkeit dieser Welt hat das nichts zu tun.

Kein ehemaliger DDR-Bürger wünscht sich doch jedenfalls die Verhältnisse von vor 1989 zurück, keiner möchte doch auf Konsum und Freiheit verzichten. Diese freie Welt ist aber nur im Komplex zu haben, mit den persönlichen Chancen und Risiken im Kapitalismus, mit der Verweigerung oder der Teilnahme am politischen Engagement in der Gesellschaft, mit Einmischen oder Protestieren, mit Flüchtlingen und rechten Rattenfängern.

Wenn viele der Meinung sind, dass die westliche demokratische Gesellschaft modellhaft für die Welt sein sollte, dann müssen wir es gemeinsam bis zu Ende durchstehen: Diese Gesellschaft lebt vom Pluralismus der Meinungen, vom Streit demokratisch legitimer Interessen und Ansichten. Das zu verteidigen lohnt sich doch wohl allemal. Eine Alternative zu diesem Gesellschaftsmodell sehe ich momentan nicht.

Eine absolute Sicherheit gibt es dabei nicht. Es bleibt ein Kampf der Werte. Das müssen wir ertragen. So traurig es auch sein mag.

Paris bleibt mir trotzdem auch künftig eine Reise wert!

16.11.2015